



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Südsudan (nach dem 12. November)

NEW YORK, 22. November 2019 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats nahmen davon Kenntnis, dass die Parteien des Neubelebten Abkommens über die Beilegung des Konflikts in der Republik Südsudan („Abkommen“) einer Verlängerung des übergangsvorbereitenden Zeitraums um 100 Tage mit Wirkung vom 12. November zugestimmt haben.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre Enttäuschung darüber, dass die Parteien des Abkommens nicht die erforderlichen Schritte unternommen haben, um bis zum Ende der zuvor verlängerten Frist am 12. November auf friedlichem Weg eine Neubelebte Übergangsregierung der nationalen Einheit zu bilden, und sie betonten, dass die vollständige Umsetzung aller Bestimmungen des Abkommens das Land auf den Weg zu Frieden, Stabilität, Gerechtigkeit und Entwicklung bringen wird.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre Besorgnis darüber, dass die Parteien des Abkommens keine sachlichen Fortschritte bei der Durchführung der wesentlichen Aufgaben im Rahmen des übergangsvorbereitenden Zeitraums in dem Abkommens erzielt haben, darunter Übergangsbestimmungen betreffend die Sicherheit und die Festlegung der Zahl und der Grenzen der Teilstaaten, und sie forderten die Parteien auf, umgehend Fortschritte in Bezug auf diese Aufgaben und die Ergebnisse zu erzielen, die am 9. November 2019 auf dem Konsultativtreffen auf Ministerebene der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung mit den Parteien des Neubelebten Abkommens über die Beilegung des Konflikts in der Republik Südsudan vereinbart wurden, darunter der sofortige Abzug der Verteidigungskräfte des südsudanesischen Volkes und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung/-armee (in Opposition) aus allen zivilen Zentren und bevölkerten Gebieten, in denen sie noch präsent sind.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die Vereinbarung, wonach die Garanten und die Parteien einen Mechanismus zur Überwachung der Durchführung der wesentlichen Aufgaben einrichten, und forderten die Garanten und die Parteien des Abkommens auf, den Mechanismus rasch zu operationalisieren und klar festzulegen, wie er in Abstimmung mit dem bestehenden Mechanismus und den Institutionen nach dem Abkommen sowie mit den Interessenträgern des Friedensprozesses in Südsudan operieren wird.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten die Parteien des Abkommens auf, ihre Verpflichtung auf das Abkommen und auf das Abkommen vom 21. Dezember 2017 über die Einstellung der Feindseligkeiten, den Schutz von Zivilpersonen und den humanitären Zugang öffentlich zu bekräftigen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten die Regierung der Republik Südsudan auf, den Restbetrag der von ihr für die Durchführung des Abkommens zugesagten Mittel in transparenter und rechenschaftspflichtiger Weise auszahlend und weitere Mittel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten die Parteien des Abkommens nachdrücklich auf, im Einklang mit den Bestimmungen des Abkommens auch weiterhin darauf hinzuwirken, die volle, wirksame und sinnvolle Mitwirkung von Frauen an der Bildung der Neubelebten Übergangsregierung der nationalen Einheit zu fördern.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats nahmen davon Kenntnis, dass der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union die Regierung der Republik Südsudan aufgefordert

19-20287 (G)



hat, rasch auf die Operationalisierung aller Mechanismen für die Unrechtsaufarbeitung, einschließlich des Hybriden Gerichtshof für Südsudan, hinzuarbeiten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats sprachen der Führung der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung ihren Dank dafür aus, dass sie den Friedensprozess für Südsudan vorangebracht hat, und sie begrüßten die Entschlossenheit und die Anstrengungen der Behörde, ihrer Mitgliedstaaten und der Garanten des Abkommens, auch weiterhin mit südsudanesischen Führungspersönlichkeiten zusammenzuwirken, um die friedliche Bildung einer Neubelebten Übergangsregierung der nationalen Einheit zu gewährleisten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung Unterstützung bei ihren Anstrengungen, einen Fahrplan und einen Durchführungsplan aufzustellen, um den fristgerechten Abschluss der noch unerledigten übergangsvorbereitenden Aufgaben zu gewährleisten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre Aufforderung an die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung, sich als eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme zur Förderung der Bildung einer Neubelebten Übergangsregierung der nationalen Einheit weiter mit dem Status von Dr. Riek Machar zu befassen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats würdigten erneut die wesentliche Unterstützerrolle der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan (UNMISS), des Mechanismus zur Überwachung und Verifikation der Waffenruhe und der Einhaltung der Übergangs-Sicherheitsbestimmungen und der Rekonstituierten Gemeinsamen Überwachungs- und Evaluierungskommission bei der Durchführung des Abkommens und forderten die Regierung der Republik Südsudan und die Oppositionsgruppen auf, die Tätigkeit der UNMISS und des Überwachungs- und Verifikationsmechanismus nicht länger zu behindern.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre Besorgnis über die verheerende humanitäre Lage, die durch die schweren Überschwemmungen noch verschlimmert wurde, sowie über die menschenrechtliche und die wirtschaftliche Lage in Südsudan und forderten alle Parteien des Abkommens und alle bewaffneten Gruppen in Südsudan auf, alle Akte sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die Einziehung und den Einsatz von Kindersoldaten, die Tötung und Verstümmelung von Kindern und die sexuelle Gewalt gegenüber Kindern zu beenden und alle bislang eingezogenen Kinder freizulassen.

Der Sicherheitsrat erinnerte an seine Resolution [2222 \(2015\)](#) über den Schutz von Journalistinnen und Journalisten und bekräftigte, dass die Arbeit freier, unabhängiger und unparteiischer Medien eine der wesentlichen Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft darstellt und damit zum Schutz von Zivilpersonen beitragen kann.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats betonten, dass für Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität Südsudans bedrohen, Sanktionen nach den Resolutionen [2206 \(2015\)](#), [2290 \(2016\)](#), [2353 \(2017\)](#), [2428 \(2018\)](#) und [2471 \(2019\)](#) verhängt werden können.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats erklärten erneut ihre Unterstützung für das Volk Südsudans und bekräftigten ihr nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit der Republik Südsudan.